



STANDPUNKT

Harte Währung der Macht

Olaf Standke zur völkerrechtlichen Achtung der Atomwaffen

Die Frage, was man heutzutage eigentlich mit über 15 000 nuklearen Sprengköpfen anfangen will, konnte noch niemand überzeugend beantworten. Sicher, es sind keine 70 000 mehr, wie in den kältesten Zeiten des Kalten Kriegs. Aber es bleibt eine nach wie vor monströse Overkill-Kapazität, mit der man den Planeten Erde und die Menschheit gleich mehrfach eliminieren könnte. Für die einzelnen Kernwaffenstaaten allerdings ist die Sicht eine andere: Die Atombombe ist eine harte internationale Währung der Macht. Deshalb wuchs die Zahl der Nuklearmächte in den vergangenen Jahren, deshalb wehren sie sich so vehement gegen alle Bemühungen, diese Massenvernichtungswaffen endlich grundsätzlich völkerrechtlich zu ächten.

Insofern ist es schon ein Erfolg, dass ihr Verbot nun auf die Agenda der UN-Vollversammlung kommen soll – auch wenn der Weg zur vollständigen Liquidierung der atomaren Arsenalen steinig und noch lang ist. Doch selbst diesen ersten Schritt aus dem Pandämonium des nuklearen Irrsinn will die Bundesregierung im Unterschied zur übergroßen Mehrheit in der Staatengemeinschaft nicht gehen. Anders als in politischen Sonntagsreden und Weißbüchern propagiert, ignoriert sie in der Praxis die niemals wirklich kontrollierbaren Risiken und die nicht akzeptablen humanitären Konsequenzen dieser gefährlichsten aller Waffen. Zu Recht sprechen zivilgesellschaftliche Gruppen da von einer Schande für Deutschland.

UNTEN LINKS

Für alle, die beharrlich das Gegenteil behaupten: Gott existiert und wohnt im Himmel. Als sich nämlich der philippinische Präsident Rodrigo Duterte dieser Tage in der Nähe von dessen Residenz befand, in Flughöhe zwischen Japan und den Philippinen, nahm Gott ihn sich zur Brust. Denn der kann bekanntlich vor allem eines nicht leiden: wenn jemand allzu unflätig herumflucht. Also jagte er Duterte einen gehörigen Schrecken ein, indem er ihm ins Ohr flüsterte, sein Flugzeug werde abstürzen, sollte er weiterhin diese schlimmen Worte gebrauchen. Da fügte Duterte sich sogleich und versprach Gott, sich künftig zu benehmen, also nur noch Drogenhändler und -süchtige umzubringen, aber Gottes Stellvertreter auf Erden, den US-Präsidenten sowie katholische Priester nicht mehr als Hurensohne zu bezeichnen und auch den EU-Parlamentariern nicht mehr »Fuck you« zuzurufen. Das ist ein wahres Wunder. Womit der Beweis erbracht wäre. rst

Das ist nicht lustig

Rentenpanik, Angstmachen mit Gabriel, humorloser Staat: Neues von den Horrorclowns



Foto: Bildagentur-online/Jorgensen

Berlin. Das Phänomen der so genannten Horrorclowns hat die Politik erreicht. Für einen großen Schreck sorgte am Freitag jedenfalls Linksfraktionschef Dietmar Bartsch mit dem Vorschlag, die bestehende rot-rot-grüne Mehrheit im Bundestag dazu zu nutzen, Kanzlerin Angela Merkel abzuwählen. CDU-Generalsekretär Peter Tauber reagierte darauf folgerichtig mit den Worten, Bartsch solle den Leuten »nicht mit einem Kanzler Gabriel Angst machen«.

Der SPD-Vorsitzende (auf dem Bild in der Mitte) äußerte sich am Freitag zunächst nicht dazu. Beobachter der Sozialdemokratie halten es aber für möglich, dass auch Gabriel demnächst wieder mit irgendeiner Äußerung seine Partei in Schock versetzt und Beklemmung bei der politischen Konkurrenz auslöst.

Derweil hat der frühere SPD-Chef Franz Müntefering den Gewerkschaften vorgeworfen, sich in der Rentenfrage wie Horrorclowns zu gerieren. Wörtlich sagte er, wenn jetzt vor wachsender Altersarmut gewarnt werde, »ist das Angstmacherei und unverantwortlich«. Damit kritisierte er auch die Bundesregierung, die selbst in dieser Woche empfohlen hatte, sich gegen drohende Altersarmut zu wappnen. Der Regierung gehört als Staatssekretär auch der CDU-Politiker Jens Spahn an, der wiederum erklärte, er wundere sich, »dass alle jetzt gerade etwas in Rentenpanik sind«.

Damit nicht auch wegen der Horrorclowns Panik entsteht, will Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) das schon länger bekannte Phänomen nun »möglichst früh bekämpfen und den Tätern hart und mit null Toleranz entgegenreten«. Abschreckende Unterstützung erhielt er von Holger Stahlknecht. »Der Rechtsstaat«, sagte der CDU-Innenminister von Sachsen-Anhalt, »hat weit weniger Humor, als manche der Grusel-Clowns hoffen mögen.« nd
Seiten 2, 4, 17 und 20

Zwei AfD-Stadträte in Berlin gewählt

Reinickendorf und Treptow-Köpenick stimmten für rechte Kandidaten

Berlin. In sieben Berliner Bezirken stehen der AfD Stadtratsposten zu. Zwei von ihnen wurden am Donnerstagabend gewählt. Sebastian Maaack in Reinickendorf erhielt erst im zweiten Wahlgang die notwendige Anzahl der Stimmen. Seine Aufgabengebiete sind künftig Bürgerdienste und das Ordnungsamt. Erst im dritten Anlauf erhielt der Kandidat Bernd Geschanowski in Treptow-Köpenick die notwendigen Stimmen. Er wird für Umwelt und Gesundheit zuständig sein.

Auch in Pankow erreichte der AfD-Kandidat Nicolas Seifert im ersten Anlauf nicht die ausreichende Zustimmung. Er verzichtete auf einen zweiten Wahlgang. »Wir gehen davon aus, dass er in der nächsten Sitzung gewählt wird«, sagte AfD-Sprecher Ronald Gläser dem »nd«. In Neukölln zog die AfD-Fraktion die Kandidatur von Bernward Eberenz kurz vor der Sitzung zurück, da notwendige Unterlagen fehlten. Auch er soll in der nächsten Sitzung gewählt werden. In den übrigen drei Bezirken werden alle Stadträte erst in der kommenden Sitzung gewählt. jot Seite 13

Wallonen sagen Ja zu CETA

LINKE will vorläufige Anwendung des Abkommens gerichtlich stoppen

Namur. Das Regionalparlament der Wallonie hat der belgischen Regierung erlaubt, den Handelspakt CETA mit dem ausgehandelten Kompromiss zu unterschreiben. Die Abgeordneten stimmten am Freitag in Namur mit 58 Stimmen dafür. Es gab fünf Gegenstimmen, wie die belgische Nachrichtenagentur Belga berichtete. Die Sozialisten und Christdemokraten votierten gemeinsam mit den oppositionellen Liberalen dafür. Grüne und Kommunisten stimmten gegen die Erlaubnis. Wallonische Politiker hatten sich in Belgien bis zuletzt am stärksten gegen CETA gestemmt. Die 28 EU-Staaten sollten dem Handelspakt bis um 24 Uhr am Freitag die offizielle Zustimmung erteilen.

Die LINKE stellte unterdessen einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung beim Bundesverfassungsgericht, so die Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch am Freitag in Berlin. Die Regierung verstoße mit ihrer beabsichtigten Unterzeichnung des Abkommens gegen Auflagen der Karlsruher Richter. Agenturen/nd

Berlin votiert gegen Atomwaffenverbot

Vollständige Abrüstung? UNO-Ausschuss mehrheitlich für Start von Verhandlungen im nächsten Jahr

123 Staaten plädierten am Donnerstagabend in New York für eine UN-Konferenz zur völkerrechtlichen Achtung von Kernwaffen.

Von Olaf Standke

Als »bahnbrechende Abstimmung« in den Vereinten Nationen hat die Deutsche ICAN-Sektion das New Yorker Votum noch am Donnerstagabend (Ortszeit) auf Twitter begrüßt. Seit vielen Jahren bemüht sich die »Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen« um eine völkerrechtliche Achtung dieser Massenvernichtungswaffen. Nun hat eine deutliche Mehrheit der Staatengemeinschaft im Ersten Ausschuss der UN-Vollversammlung trotz des massiven Widerstands der großen Nuklearmächte für die Aufnahme von Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot noch im kommenden Jahr plädiert. Denn jeglicher Ein-

satz von Kernwaffen hätte »katastrophale humanitäre Auswirkungen«, wie es im Resolutionsentwurf L.41 heißt. Den Antrag hatten Mexiko, Österreich, Brasilien, Irland, Nigeria und Südafrika eingebracht.

123 Staaten votierten für das Mandat, bereits ab März 2017 eine entsprechende UN-Konferenz einzuberufen. 38 Staaten, darunter fast alle ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrats, stimmten dagegen; auch Deutschland und Israel. 16 Staaten enthielten sich der Stimme, unter ihnen die drei Atomwaffenmächte China, Indien und Pakistan.

»Vor diesem Hintergrund ist die deutsche Position in keiner Weise nachvollziehbar«, kritisierte Xanthe Hall von den Internationalen Ärzten zur Verhütung des Atomkrieges. »Neben Rüstungsexporten an autoritäre Regimes gehören die Stationierung und Unterstützung von Atomwaffen zu den Abgründigkeiten der deutschen

Außenpolitik«, so Sascha Hach von ICAN Deutschland.

Der Ausschuss wird die Vorlage nun an die Vollversammlung weiterleiten, deren Plenum in den kommenden Wochen darüber entscheiden soll. Der Text hat

»Schande für Deutschland«

Deutsche ICAN-Sektion zur Ablehnung eines Atomwaffenverbots durch die Bundesregierung

zwar nur empfehlenden, keinen bindenden Charakter. Doch gehen Diplomaten und Beobachter im UN-Hauptquartier von einer Bestätigung des Votums aus.

Zur Stunde verfügen neun Staaten über Kernwaffen, zuletzt stieß Nordkorea zu diesem Kreis hinzu. Nach Analysen des Stock-

holmer Instituts für Friedensforschung (SIPRI) befinden sich in ihren Arsenalen insgesamt 15 395 Nuklearsprengköpfe; rund 4100 sind dabei jederzeit einsatzbereit. 93 Prozent aller Sprengköpfe kontrollieren die USA und Russland, die nach SIPRI-Einschätzung trotz des neuen START-Abrüstungsvertrages für strategische Waffen keine signifikanten Fortschritte beim Abbau der Atomwaffen gemacht haben. Beide Staaten hätten vielmehr kostspielige Modernisierungsprogramme für ihre Atomarsenale aufgelegt.

Allein Washington will bis 2024 dafür insgesamt 348 Milliarden Dollar ausgeben. Schätzungen gehen sogar von einer Billion Dollar in den nächsten 30 Jahren aus. Die Aussichten auf wirkliche Schritte in Richtung atomare Abrüstung blieben damit düster, betont SIPRI-Experte Shannon Kile. Um so wichtiger wäre eine grundsätzliche völkerrechtliche Achtung der Kernwaffen.

Dschihadisten morden in Mossul

Über 250 Menschen im Gebiet der nordirakischen Stadt hingerichtet

Genf. Die Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) hat nach UN-Angaben in den vergangenen Tagen im Gebiet der nordirakischen Stadt Mossul mehr als 250 Menschen hingerichtet und fast 8000 Familien entführt. Wie das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte am Freitag mitteilte, will der IS die entführten Zivilisten offenbar in Mossul als menschliche Schutzschilde missbrauchen. »Der IS hat Zehntausende Menschen aus ihren Häusern in die Bezirke um Mossul gezwungen«, sagte die UN-Menschenrechtssprecherin Ravina Shamdasani in Genf. Am Mittwoch sollen auf dem Militärstützpunkt al-Isa außerhalb Mossuls 42 Zivilisten erschossen worden sein, weil sie sich weigerten, in die Großstadt zu ziehen.

Auch ehemalige Angehörige der irakischen Sicherheitskräfte wurden den UN-Angaben zufolge von den Dschihadisten getötet. Am Dienstag hätten die IS-Kämpfer 24 und am Mittwoch 190 ehemalige Angehörige der Sicherheitskräfte getötet, teilte das UN-Menschenrechtsbüro mit. AFP/nd

